

A n t r a g

der Fraktion DIE LINKE

Konsolidierung des Thüringer Landeshaushalts auch durch eine an den Zielen der Gerechtigkeit und Leistungsfähigkeit orientierten Steuerpolitik sichern

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene einzusetzen für

1. den Einsatz für eine internationale Finanztransaktionssteuer, die den Anreiz für Investitionen in die Realwirtschaft erhöhen hilft und die Spekulationsanreize vermindert;
2. die Wiedereinführung der Vermögensteuer, z. B. in Form einer Millionärsteuer, auf private Vermögen von mehr als einer Million Euro und
3. eine Reform der Erbschaftsbesteuerung, die große Erbschaften stärker belastet, um ein höheres Aufkommen für die öffentlichen Haushalte in Deutschland zu erzielen.

Begründung:

Das Auslaufen des Solidarpakts II bis zum Jahr 2020, das wahrscheinliche Absinken der EU-Mittel ab 2014 sowie demographiebedingte Einnahmeverluste im Länderfinanzausgleich stellen die Thüringer Landespolitik in den nächsten Jahren vor große Herausforderungen. Dazu stellt die Schuldenkrise innerhalb der EU ein zusätzliches Risiko für die öffentlichen Haushalte in Deutschland dar, so auch in Thüringen.

Um langfristig die Gestaltungsfähigkeit des Thüringer Landeshaushalts zu sichern, muss konsolidiert werden.

Eine ausschließlich auf die Ausgabeseite orientierte Konsolidierungspolitik wird scheitern, so auch eine wie immer ausgestaltete Schuldenbremse in der Verfassung des Freistaats.

Stattdessen muss dringend zur Konsolidierung auf der Einnahmeseite angesetzt werden. Zum einen, weil hohe Vermögen zur Instabilität und zur Spekulation neigen, andererseits die Einnahmen dringend benötigt werden, um Zukunftsaufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge dauerhaft finanzieren zu können und tatsächliche Überschüsse zu erzielen, die zum Abbau alter Schulden aufgewendet werden sollen.

Die Thüringer Landesregierung wird daher aufgefordert, auf Bundesebene schnellstmöglich initiativ zu werden, um die inakzeptable Schiefelage bei der Finanzierung der öffentlichen Haushalte in Deutschland zu mildern. Sie soll sich bei der Besteuerung von den Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit leiten lassen.

Für die Fraktion:

Blechschmidt